

12.2018/01.2019

AKTUELL

Abfall, Chemie & Emissionen	8
Klima & Energie	10
Konsum, Gesundheit & Verbraucherschutz	13
Landwirtschaft & Gentechnik	13
Naturschutz & Biodiversität	18
Tierschutz & Ethik	21
Umweltpolitik & Umweltrecht	22
Verkehr & Tourismus	23
Wasser & Meere	24
Wirtschaft & Ressourcen	25

VERBÄNDE



DNR intern	34
Aus den Verbänden	34
Ehrenamt	35
Preise & Ausschreibungen	35
Impressum	36

ökopädNEWS

ANU-Informationsdienst Umweltbildung 37
Schwerpunkt: Lernort Wald

SPEZIAL

Die Zukunft Europas

Seite 26 bis 33

THEMEN DES MONATS

Wasserpolitik

Kein guter Zustand nirgends

Deutsche Bundesländer tun zu wenig, um die europäischen Ziele für Gewässerschutz zu erreichen

Seite 2

Klimawandel

Klimaschutzziele für die Landwirtschaft

Ackerbau und Viehzucht leiden unter der Erderwärmung, sind aber auch mitverantwortlich dafür

Seite 4

Klimapolitik

Vom Wegbereiter zum Blockierer

In Deutschland neigt sich ein Jahr vieler Enttäuschungen dem Ende zu

Seite 6

Interview: Irmela Colaço und Rolf Buschmann über Konsum

„Zu viel Strom für Weihnachtslichter“

In der konsumstärksten Zeit des Jahres steigen Ressourcen- und Energieverbrauch sowie die Müllberge

Seite 15

Klimawandel

Klimaschutzziele für die deutsche Landwirtschaft

Ackerbau und Viehzucht leiden unter der Erderwärmung, sind aber auch mitverantwortlich dafür

60 Verbände schlagen in einem gemeinsamen Forderungspapier ein breites Maßnahmenpaket vor, wie die Treibhausgasemissionen der Landwirtschaft deutlich reduziert werden können. Die geplanten Maßnahmen des Bundeslandwirtschaftsministeriums reichen nicht aus, um die Sektorziele zu erreichen. ■ VON GERALD WEHDE, BIOLAND

Die Erderhitzung schafft große Probleme für die Landwirtschaft. Das gilt auch für Deutschland, wo Wetterextreme wie lange Trockenperioden oder Starkregenereignisse Ernten gefährden. Die Landwirtschaft ist jedoch nicht nur Opfer der Klimakrise, sondern ein bedeutender Emittent von Treibhausgasen. So gehen fast 60 Prozent der Methan- und 80 Prozent der Lachgasemissionen auf ihr Konto. 72 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente – rund acht Prozent der nationalen Treibhausgasemissionen (THG) – werden derzeit dem Landwirtschaftssektor zugerechnet. Rechnet man den erheblichen Anteil der Landnutzungsänderungen hinzu, sind es rund 12 Prozent. Ein großer Teil dieser Emissionen stammt aus landwirtschaftlich genutzten, entwässerten Mooren aufgrund der Zersetzung von Torf oder aus dem Umbruch von Grünland zu Ackerland. Zudem verantwortet die Landwirtschaft THG-Emissionen aus Landnutzungsänderungen im Ausland zum Beispiel durch Sojaimporte und aus Vorleistungen. Besonders relevant sind die hohen Energiekosten zur Produktion von mineralischem Stickstoffdünger, die der Quellgruppe Industrie angerechnet werden. Auf das Konto der Landwirtschaft gehen somit wesentlich mehr Treibhausgasemissionen, als ihr offiziell zugerechnet werden.

Im Klimaschutzplan 2050 der Bundesregierung werden erstmalig Sektorziele festgelegt, die 2019 mit dem Klimaschutzgesetz eine hohe Verbindlichkeit erhalten werden. Danach muss die Landwirtschaft bis 2030 ihr aktuelles Emissionsniveau von 72 um 11 bis 14 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente auf 58 bis 61 Millionen Tonnen senken. Das zuständige Bundeslandwirtschaftsministerium (BMEL) will dies für die Quellgruppe Landwirtschaft mit fünf Maßnahmen erreichen.

- ▶ Senkung der Stickstoffüberschüsse von heute knapp 100 auf 70 Kilogramm Stickstoff pro Hektar (Gesamtbilanz)
- ▶ Steigerung der Güllevergärung in Biogasanlagen auf 60 bis 70 Prozent des gesamten Gülleaufkommens
- ▶ Emissionsminderung in der Tierhaltung
- ▶ Erhöhung des Flächenanteils des ökologischen Landbaus
- ▶ Einsparungen im Energieeinsatz

In allen fünf Punkten bleibt das BMEL weit hinter den Anforderungen zurück. So fehlen realistische Zielwerte, wirksame Instrumente und Förderbudgets. Die Maßnahmen und Forderungen der Verbände im Einzelnen:

Emissionen aus Tierhaltung reduzieren und klimafreundlicher konsumieren

Wichtigster Ansatzpunkt ist die Tierhaltung, der 70 Prozent der Emissionen der deutschen Landwirtschaft zuzurechnen sind. Diese umfassen nicht nur Methanemissionen aus der Rinderhaltung, sondern auch Lachgasemissionen aus dem Anbau von Futtermitteln, der 60 Prozent der deutschen Agrarfläche belegt. Der Schlüssel zu deutlichen THG-Senkungen liegt in der Reduktion der Tierbestände, die parallel mit einer Senkung des Konsums tierischer Lebensmittel und des Exports von tierischen Lebensmitteln einhergehen muss. Die Bundesregierung ist daher gefordert, Anreize für eine Ernährungswende im Sinne von mehr Gesundheitsschutz und Klimafreundlichkeit zu schaffen. Neben wirksamen und langfristig angelegten Informations- und Imagekampagnen für eine klimafreundliche und pflanzenorientierte Ernährung müssen auch fiskalische Instrumente ge-

prüft werden. Mit einer nationalen Nutztierstrategie muss die Bundesregierung den Umbau der Nutztierhaltung einleiten und dafür notwendige Förderinstrumente und Finanzbudgets festlegen. Dafür ist zudem die Tierschutzgesetzgebung zu verschärfen und eine flächengebundene Tierhaltung von maximal zwei Großvieheinheiten pro Hektar auch in viehintensiven Regionen einzelbetrieblich sicherzustellen.

Stickstoffüberschüsse und Lachgasemissionen senken

80 Prozent der besonders klimaschädlichen Lachgasemissionen stammen aus der Landwirtschaft. Lachgas wirkt fast 300 Mal so stark auf das Erdklima wie Kohlendioxid. Die aktuelle Düngepraxis und regional zu hohe Viehbesätze führen zu hohen Nährstoffüberschüssen in Böden mit erheblichen Lachgasemissionen. Die Verbände fordern, den Stickstoffüberschuss auf 50 Kilogramm Stickstoff pro Hektar bis 2030 zu reduzieren und gehen damit noch mal deutlich über den Vorschlag des Klimaschutzplans 2050 hinaus. Die Schlupflöcher in der Düngeverordnung und der Stoffstrombilanzverordnung müssen schnell geschlossen werden. Neben der Reduzierung von Tierbeständen und des Konsums tierischer Lebensmittel fordern die Verbände, eine Abgabe auf mineralische Stickstoffdünger auf Handelsebene und eine wirksame Stickstoffüberschussabgabe auf einzelbetrieblicher Ebene einzuführen.

Biolandbau fördern

Zahlreiche Studien belegen, dass der ökologische Landbau das gegenüber der konventionellen Landwirtschaft emissionsärmere Produktionsverfahren ist. Die Bundesregie-

rung verfolgt in ihrer Nachhaltigkeitsstrategie das Ziel, den Flächenanteil des Biolandbaus auf 20 Prozent zu erhöhen. Laut Koalitionsvertrag soll dies bis 2030 erreicht sein. Ende 2017 lag der Flächenanteil aber erst bei 8 Prozent. Das Problem ist, dass das BMEL und die Bundesregierung das 20-Prozentziel nicht konsequent verfolgen. Es fehlen genügend Haushaltsmittel und eine kohärente, also vernetzte Politik, mit Tierschutz, Verbraucherschutz und der EU-Agrarpolitik.

Klimafreundliche Bioenergie

Die Energieproduktion aus Biogas ist im Vergleich zu Solar- und Windenergie eine teure Technologie mit keinem oder allenfalls geringem Kostensenkungspotenzial. Die rund 8.500 Biogasanlagen werden hauptsächlich mit Mais betrieben. Rund 20 Prozent der Ackerflächen werden für den Anbau nachwachsender Rohstoffe genutzt, viele Grünlandflächen wurden durch Fehlanreize des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) klimaschädlich zu Maisflächen umgebrochen. Eine klimaschonende Biogaspolitik muss sich daher auf Bestandsanlagen konzentrieren und für die Biogasförderung des EEG Mindestanteile zum Einsatz von Wirtschaftsdünger vorschreiben. 80 Prozent der energetischen Leistung müssen zukünftig über den Einsatz von Wirtschaftsdünger und Reststoffen erbracht werden, sonst darf es keine EEG-Förderung mehr geben.

Böden als CO₂-Speicher nutzen

Die Erhaltung und der Aufbau der organischen Kohlenstoffvorräte in Böden ist eine Schlüsselaufgabe für den landwirtschaftlichen Klimaschutz. Die Renaturierung durch Vernässung von landwirtschaftlich genutzten Moorböden in Deutschland hat ein Treibhausgasminderungspotenzial von bis zu 37 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalenten. Um dieses Klimaschutzpotenzial von Mooren zu nutzen, braucht es die Erarbeitung und Umsetzung einer umfassenden Moorschutzstrategie mit neuen Finanzierungsinstrumenten über Fonds oder eine CO₂-Abgabe. Der gesetzliche Schutz von Dauergrünland ist eine weitere Kernaufgabe. Zudem sollte die Grünlandfläche von

derzeit 4,7 Millionen Hektar bis 2030 auf 5 Millionen Hektar angehoben werden. Die Umwandlung von Ackerland in extensives Grünland sollte gezielt auf besonders feuchten und anmoorigen kohlenstoffreichen Standorten sowie überschwemmunggefährdeten Auen gefördert werden. Aber auch auf den über 11 Millionen Hektar Mineralböden, die als Ackerland genutzt werden, besteht noch ein hohes Potenzial der CO₂-Bindung. Zentraler Baustein der vom BMEL angekündigten Ackerbaustrategie muss die Förderung des Humusaufbaus sein. Eine rechtlich verbindliche Verankerung einer Mindestfruchtfolge und einer ausgeglichenen Humusbilanz sowie die Förderung erweiterter und humusmehrender Fruchtfolgen und des Leguminosenanbaus wären geeignete Instrumente.

Klimafreundliche GAP nach 2020

Auch die europäische Ebene wird für den Klimaschutz in der Landwirtschaft in Deutschland eine entscheidende Rolle spielen. Im Reformvorschlag für die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) nach 2020 dient eines von neun Zielen dem Klimaschutz. Die pauschale Anrechnung in den Legislativvorschlägen der EU-Kommission, dass unter anderem 40 Prozent der Direktzahlungen dem Klimaschutz dienen, ist nicht sachgerecht. Stattdessen müssen klimaschonende Maßnahmen der Bäuerinnen und Bauern durch die EU-Agrargelder honoriert werden.

Link

Verbändepapier:
www.dnr.de/positionen/wann-wenn-nicht-jetzt-klimaziele-2030-zivilgesellschaft-legt-massnahmenprogramm-vor

Der Diplom-Agraringenieur Gerald Wehde ist Geschäftsleiter Agrarpolitik und Kommunikation beim ökologischen Erzeugerverband Bioland.

Kontakt:
 Tel. +49 (0)6131 / 23979-20,
 E-Mail: gerald.wehde@bioland.de
www.bioland.de



Nachhaltigkeit

A-Z



E wie Expertise

Unsere Welt wird maßgeblich von Experten und Expertenwissen bestimmt – ganz besonders in den Bereichen wirtschaftliche Entwicklung, Energie und Umwelt. Anhand internationaler Organisationen wie der UN, der Weltbank oder des IWF verfolgen Herausgeber und Autoren die sich wandelnden Konturen einer auch internationalen Expertenkultur – und sie zeigen, wie Experten die konkurrierenden Anliegen wissenschaftlicher Erkenntnis, politischer Macht und öffentlichen Interesses managen und in Einklang bringen.

F. Trentmann, A. B. Sum, M. Rivera (Eds.)
Work in Progress
Economy and Environment in the Hands of Experts
 336 Seiten, Sprache: Englisch, broschiert,
 30,- Euro,
 ISBN 978-3-96238-010-6

Erhältlich im Buchhandel oder versandkostenfrei innerhalb Deutschlands bestellbar unter www.oekom.de. Auch als E-Book erhältlich.

Die guten Seiten der Zukunft

DNR INTERN

Mitgliederversammlung 2018

Resolution pro Demokratie

■ Eine engagierte und kritische Zivilgesellschaft ist Garant dafür, dass die Demokratie erhalten bleibt. Die im DNR organisierten Umwelt-, Natur- und Tierschutzverbände haben auf der Mitgliederversammlung Ende November einstimmig politische Angriffe auf ihre Unabhängigkeit und Gemeinnützigkeit verurteilt. „Eine Schwächung der Zivilgesellschaft schwächt die Demokratie, daher muss das Engagement von Nichtregierungsorganisationen respektiert, anstatt eingeschränkt werden“, betonte DNR-Präsident Kai Niebert.

Als Mitglied der Kohlekommission forderte Niebert klare Antworten und eine aktive Politik gegen den Klimawandel: „Der Unterschied zwischen 1,5 und 2 Grad Klimaerwärmung ist sehr konkret. Wir werden die Frage beantworten müssen, ob rund 100 Millionen Klimaflüchtlinge vor den Toren Europas politisch verkräftbarer sind als ein zügiger Strukturwandel.“

Bundesumweltministerin Svenja Schulze lobte in ihrer Rede die Arbeit der Umweltverbände. In einer Diskussionsrunde stellte sie sich den Fragen einiger Mitgliedsverbände, die aktuelle Themen wie CO₂-Bepreisung, Klimaschutz, Stadtgrün, Agrarpolitik und Wolfsmanagement aufgriffen.

Im Anschluss wurde die bundesweite Kampagne zur Europawahl vorgestellt, mit der die elf Millionen Mitglieder und Förderer im Dachverband animiert werden sollen, im Mai für ein ökologisch nachhaltiges Europa zu stimmen.

Verabschiedet wurde die DNR-Geschäftsführerin Helga Inden-Heinrich, die ab März 2019 ihre Aufgaben an Karen Thormeyer übergeben wird. Neu in den DNR aufgenommen wurden die Stiftung Naturlandschaften Brandenburg und die Vereinigung der Freizeitreiter und -fahrer in Deutschland (VFD). Damit vertritt der DNR nunmehr 90 Mitgliedsorganisationen. [red]

► Resolution: www.dnr.de/positionen/demokratie-lebt-von-der-staerke-ihrer-zivilgesellschaft

Naturerbe-Rat gegründet

Ein Meilenstein für den Naturschutz

■ Ende Oktober haben sich die Träger der Naturerbeflächen und Hauptakteure im Nationalen Naturerbe im Naturerbe-Rat zusammengeschlossen. Seit über zehn Jahren gibt es das Nationale Naturerbe. Es umfasst vom Bund unentgeltlich an Länder, Stiftungen und Verbände übertragene Flächen. Diese Flächen sind alle dauerhaft dem Naturschutz gewidmet. Bisher wurden rund 156.000 Hektar ehemals bundeseigene Flächen dauerhaft dem Naturschutz gewidmet. Weitere 30.000 Hektar aus dem Bundeseigentum sollen in dieser Legislaturperiode dazukommen.

In der konstituierenden Sitzung legte der Rat die ersten Ziele für seine Arbeit fest. Ein Schwerpunkt ist die Kommunikation unter den einzelnen Akteurinnen und Akteuren im Naturerbe. Zudem soll der Öffentlichkeit das Nationale Naturerbe als bedeutendes, dauerhaftes und akteursübergreifendes Naturschutzprojekt vermittelt werden.

Im Naturerbe-Rat sind die Flächeneigentümer und Hauptakteure des Nationalen Naturerbes vertreten. Diese sind das Bundesumweltministerium (BMU), das Bundesamt für Naturschutz (BfN), die DBU Naturerbe GmbH, der Deutsche Naturschutzring (DNR) als Vertreter der Naturschutzorganisationen, die Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft Naturschutz, Landschaftspflege und Erholung (LANA) als Vertreter der Länder sowie die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA). [mbu]

► www.bundesimmobilien.de/11020602/naturerbe-rat-gegrundet

Parlamentarischer Abend

Exopet-Studie zu Tierhaltung

■ Anfang November hat der DNR zu einem parlamentarischen Abend in Berlin eingeladen. Thema war die Präsentation der Exopet-Studie, die sich mit der Haltung von exotischen Tieren und Wildtieren in

Privathand beschäftigt. Die Direktorin der Klinik für Reptilien und Vögel an der Universität Leipzig Maria-Elisabeth Krautwald-Junghanns stellte die durch die Studie belegten gravierenden Mängel bei der Haltung der Tiere durch Privathaushalte sowie durch den Fachhandel dar.

Henriette Mackensen vom Deutschen Tierschutzbund und Sandra Altherr von Pro Wildlife erläuterten die Bewertung der Studienergebnisse aus Sicht des Tierschutzes und aus Sicht des Artenschutzes. Altherr berichtete von dem illegalen Handel mit teilweise sogar unter Artenschutz stehenden Tieren und zeigte in ihrer Präsentation das anonyme Vorgehen der Händler im Internet.

Undine Kurth, Vizepräsidentin des DNR hofft, dass das Bundeslandwirtschaftsministerium nun auf Grundlage der Studie Konsequenzen für die Tier- und Artenschutzpolitik zieht.

► www.kurzlink.de/dnr-exopet-11.2018
 ► www.exopet-studie.de/

AUS DEN VERBÄNDEN

Jubiläum 2019

Alpenverein wird 150 Jahre

■ Im kommenden Jahr feiert der Deutsche Alpenverein (DAV) seinen 150. Geburtstag. Die Bandbreite der Themen und Termine im Jubiläumsjahr ist groß.

Knapp anderthalb Jahrzehnte nach der Gründung des DAV ist Bergsport sehr angesagt und reicht in alle Gesellschaftsschichten hinein. Dementsprechend steigen die Mitgliederzahlen. Ging es den DAV-Gründern 1869 vor allem darum, „die Bereisung der Alpen zu erleichtern und die Kenntnis der Alpen zu verbreitern“, ist die gesellschaftliche Bedeutung des weltgrößten Bergsteigerverband im Jubiläumsjahr gewachsen. Dies spiegelt sich 2019 in zahlreichen Veranstaltungen, Digitalformaten und Publikationen wider. Das Thema Bergsport wird das ganze Jahr in der Ausstellung „Die Berge und wir“

im Alpinen Museum zu betrachten sein. Ein weiteres Highlight ist die Jubiläumstour, die eine Auswahl der besten Bergfilme aus 100 Jahren Filmgeschichte auf die Leinwand bringt und Skifahren, Klettern, Bergsteigen sowie große Expeditionen zu den höchsten Bergen der Welt zeigt – heute und damals. Das rund zweistündige Bergfilmprogramm besteht aus sieben Filmen, die teils in voller Länge und teils in Ausschnitten gezeigt werden. [mbu]

► www.alpenverein.de

Freizeitspaß versus Naturschutz

Seilbahn über den Rhein?

■ Die Planung des Europaparks in Rust (Baden-Württemberg), eine Seilbahn aus dem Elsass quer über den Rhein und durch zwei Naturschutzgebiete zu bauen, lehnt der Landesnaturschutzverband Baden-Württemberg (LNV) ab. Der LNV-Vorsitzende Gerhard Bronner bezeichnete das Vorhaben als „Schnapsidee“. Die Seilbahn wäre ein krasser Verstoß gegen europäisches Naturschutzrecht. Um die Verbindung ins Elsass zu schaffen, müsste die Seilbahn quer durch das Naturschutzgebiet Taubergießen gebaut werden, nach den Worten Bronners ein „4-Sterne-Schutzge-

biet“, das zum europäischen Schutzgebietsnetz Natura 2000 gehört.

Nach Ansicht des LNV würde eine Seilbahn, die täglich Tausende Personen transportieren soll, durch Rodungen, Stützkonstruktionen, Lärm und Beleuchtung das Naturschutzgebiet entwerten. Störungsempfindliche Vogelarten, die einen wesentlichen Wert des Schutzgebietes ausmachen, könnten dort nicht mehr brüten. Würde die Planung weiterverfolgt, müsste sich der Europapark auf die Ausschöpfung aller Einspruchs- und Rechtsmittel durch die Naturschutzverbände gefasst machen, bis hin zur EU-Beschwerde, kündigte Bronner an. [mbu]

► www.lnv-bw.de/seilbahn-durch-naturschutzgebiet-taubergieessen-ist-schnapsidee

PREISE & AUSSCHREIBUNGEN

Wettbewerb

Blühende Schulen

■ Am 3. März 2019 wäre Loki Schmidt 100 Jahre alt geworden. Die Helmut und Loki Schmidt Stiftung und die Loki Schmidt Stiftung loben deshalb einen Wettbewerb für die tollsten Schulgärten

und Schulgelände Hamburgs aus. Nicht auf die Größe und Schönheit des Gartens kommt es an, sondern auf nachhaltige Ideen und Konzepte, originelle Umsetzung und kreative Gestaltung.

Anmelden können sich Schulen, Klassen, Schul-AGs oder GBS-Träger ab sofort bis zum 3. März 2019. Die Dokumentation ist frei: Plakate, Pflanztagebücher, Skizzen oder gezeichnete Gartenpläne, Modelle, Blogs, Kurzfilme oder Herbarien – jede Form ist erlaubt. Eine Jury wird zehn Gärten prämiieren. Einsendeschluss der Präsentationen ist der 14. Juni 2019. [jg]

► www.bluehendeschulen.hamburg

UmweltMedienpreis

Erstmals mit Publikumspreis

■ Am 21. November ist zum 23. Mal der UmweltMedienpreis der Deutschen Umwelthilfe (DUH) verliehen worden. Mit dem Preis würdigt die DUH hervorragende journalistische Beiträge zu den Themen Energiewende, Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz sowie Umweltgerechtigkeit.

Vier Preisträgerinnen und Preisträger erhielten die Auszeichnung in den folgenden Kategorien:

Auf der **SUCHE** nach dem passenden **GESCHENK?**

Verschenken Sie ein Jahr die Zukunft des Wirtschaftens mit einem ABO von *Ökologisches Wirtschaften*
Vier Ausgaben für 69,40 Euro (zzgl. Versand)

Bestellung an: abo@oekom.de oder +49/(0)89 54 41 84-25
oder unter: www.oekologisches-wirtschaften.net

VERSCHENKEN
SIE EIN JAHR DIE
ZUKUNFT DES
WIRTSCHAFTENS

Ökologisches Wirtschaften



- ▶ **Printmedien:** Petra Pinzler (ZEIT) und Günther Wessel (freier Journalist) für das Buch „Vier fürs Klima: Wie unsere Familie versucht, CO₂-neutral zu leben“
- ▶ **Hörfunk:** Momo Faltlhauser und das Team von Radio Fritz (rbb) für die Aktion „Abbechern – Kampf den Pappbechern“
- ▶ **Fernsehen:** Holger Cappell, WDR, für die Aktion „NRW summt – zur Rettung der Wildbienen“
- ▶ **Online:** Justus von Daniels und Stefan Wehrmeyer für die Recherche „Irrsinn der Agrarpolitik“ und Annika Joeres für „correctiv.org – Recherchen für die Gesellschaft“
- ▶ **Publikumspreis:** Meike Gebhard, Geschäftsführerin der Nachhaltigkeits-Plattform utopia.de [mbu]
- ▶ UmweltMedienpreis 2018:
www.duh.de/ump/

Zukunftspreis

Für Ökolandwirte

■ Der Hasenberghof hat den Zukunftspreis 2018 für eine mutige Existenzgründung erhalten. Das gab die Stiftung Ökologie und Landbau im November bekannt.

Die diesjährigen Gewinner Anna und Jörg Ostermeier aus Oberbayern beschlossen 2015, eine biologische Hühnerhaltung mit zweimal 3.000 Legehennen aufzubauen. Das Besondere war die weitgehend ökologische Bauweise des Stalls, der fast ausschließlich aus Holz besteht. Zudem wurden die hohen Biolandrichtlinien übertroffen, denn die Hühner verfügen über noch mehr Platz pro Tier und haben einen weitläufigen Waldgarten als Auslauf bekommen. Auch das Bruderhahn-Projekt war dem jungen Paar ein wichtiges Anliegen. Seit Herbst 2017 ist die neu errichtete Aussiedlerhofstelle in Betrieb und der Hasenberghof wird belebt von glücklichen Zweinutzungshühnern. [mbu]

- ▶ www.soel.de
- ▶ www.bio-hasenberghof.de
- ▶ www.oeko-junglandwirte-netzwerk.de

Auslobung

Landschaftsarchitekturpreis

■ Zum 14. Mal findet im kommenden Jahr der Wettbewerb um den deutschen Landschaftsarchitekturpreis statt. Der Bund deutscher Landschaftsarchitekten (bdla) vergibt einen 1. Preis und Auszeichnungen in folgenden Kategorien: öffentlicher Raum als Zentrum, Quartierentwicklung/Wohnumfeld, Pflanzenverwendung, Naturschutz und Landschaftserleben, Sport, Spiel, Bewegung, Junge Landschaftsarchitektur, Landschaftsarchitektur im Detail, Internationale Projekte.

Berbeitungsschluss für die Onlinebewerbung ist der 22. Januar 2019. [mbu]

- ▶ www.deutscher-landschaftsarchitektur-preis.de

Ausschreibung

Für mehr Insekten

■ Noch bis 31. Januar 2019 können Bewerberinnen und Bewerber Projektskizzen zum Schutz von Insekten und zur Förderung der Insektenvielfalt beim Bundesamt für Naturschutz (BfN) einreichen. Im Sommer hatte das BfN im Rahmen des Bundesprogramms Biologische Vielfalt des Bundesumweltministeriums dazu aufgerufen.

Mit dem Aktionsprogramm Insektenschutz will die Bundesregierung die Lebensbedingungen für Insekten und die biologische Vielfalt in Deutschland verbessern, um dem Insektenrückgang entgegenzuwirken. Ein wichtiger Baustein ist die Förderung von Modellprojekten zum Schutz von Insekten und ihrer Artenvielfalt. Zur Unterstützung des Aktionsprogramms Insektenschutz stellt die Regierung fünf Millionen Euro pro Jahr zur Verfügung. [mbu]

- ▶ Einreichung der Skizzen:
E-Mail: programmhuero-bpbv@dlr.de
- ▶ Mustergliederung und der Musterfinanzierungsplan für die Einreichung von Skizzen im Bundesprogramm Biologische Vielfalt:
www.biologischerdiversitaet.bfn.de/verfahren
- ▶ www.biologischerdiversitaet.bfn.de/insektenaufwurf

Impressum

umwelt aktuell Dezember 18/Januar 19
 ISSN (Print) 1865-3901
 ISSN (Online) 2510-6767

Herausgeber: Deutscher Naturschutzring, Dachverband der deutschen Natur-, Tier- und Umweltschutzorganisationen (DNR) e. V., Marienstr. 19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 678177570, E-Mail: info@dnr.de, www.dnr.de

Verlag: oekom verlag, Gesellschaft für ökologische Kommunikation mbH, Waltherstr. 29, D-80337 München, Tel. +49 (0)89 / 5441840, E-Mail: kontakt@oekom.de, www.oekom.de

Chefredaktion: Helga Inden-Heinrich [hih] (gesamtverantwortlich), Bjela Vossen [bv] (Europa und Internationales, verantw.), **Redaktion:** Marion Busch [mbu], Juliane Grüning [jg], Katrin Meyer [km], Lavinia Roveran [lr], Ann Wehmeyer [aw]. **Redaktionelle Mitarbeit:** Konstantin Hartwig [kh], Theresa Klostermeyer [tk], EU-Umweltbüro des Umweltdachverbandes [UWD]. **ökopädNEWS:** siehe S. 37

Kontakt/Probehefte: Redaktion umwelt aktuell, Marienstr. 19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 678177581, E-Mail: redaktion@dnr.de, www.umwelt-aktuell.eu

Schlusskorrektur: Gotlind Blechschmidt, Augsburg. **Fotos:** Titel © DLR, S. 33 © EBD/K. Neuhauser. **Grafik/DTP:** Marion Busch, Juliane Grüning. **Druck:** Friedrich Pustet GmbH & Co. KG, D-93051 Regensburg. Gedruckt auf 100% FSC-Recyclingpapier, Circleoffset Premium White, von Arjowiggins/Igepa group, zertifiziert mit dem Blauen Engel (RAL-UZ 14).

Erscheinungsweise: monatlich am Monatsanfang
Redaktionsschluss: 10. des vorhergehenden Monats

Abonnements/Bestellungen/Probeabos:
 Verlegerdienst München, Aboservice oekom Verlag, D-82205 Gilching, Tel. +49 (0)8105 / 88563, E-Mail: oekom-abo@verlegerdienst.de

Anzeigen: oekom verlag, Mona Fricke, München, Tel. +49 (0)89 / 544184-35, E-Mail: anzeigen@oekom.de

Die Redaktion behält sich Kürzung und Bearbeitung von Beiträgen vor und haftet nicht für unverlangt eingesandtes Material. Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion, des Herausgebers und des Verlags wieder.

Dieses Projekt wird finanziell vom Bundesumweltministerium gefördert. Die Förderer übernehmen keine Gewähr für die Richtigkeit, Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie für die Beachtung der Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen der Förderer übereinstimmen.

